



## „Auf Sand gebaut...?“

Die Sahelzone zwischen Demokratie  
und Hungerkrise – Mali als Vorbild?

**Dokumentation**

# **„Auf Sand gebaut...?“**

Die Sahelzone zwischen Demokratie  
und Hungerkrise – Mali als Vorbild?

## **Dokumentation**

Veranstaltung am 23. November 2005  
in Berlin





## Begrüßung

von *Christiane Kesper*

Leiterin des Referats Entwicklungspolitik der FES 4

## Ansprache

*I. E. Fatoumata Siré Diakité*

Botschafterin der Republik Mali in der Bundesrepublik Deutschland 5

## Stellungnahmen

von *Dr. Sven Grimm*

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik Bonn 6

von *Heide Simonis*

Künftige Vorsitzende von UNICEF-Deutschland 7

von *Dr. Bernard Conte*

Universität Montesquieu, Bordeaux 8

von *Sadou Abdoulaye Yattara*

Präsident des „Maison de la Presse“, Mali 9

## Podiumsdiskussion

10

© Friedrich-Ebert-Stiftung

*Herausgeber:* Friedrich-Ebert-Stiftung  
Internationale Entwicklungszusammenarbeit  
Referat Afrika  
Julia Schartz / Dr. Michael Bröning  
53170 Bonn

*Redaktionelle Mitarbeit:* David Witzki

*Fotos:* Schicke  
*Layout:* Pellens Kommunikationsdesign, Bonn

## Begrüßung

### Christiane Kesper

Leiterin des Referats  
Entwicklungspolitik der FES

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist mir eine große Freude, Sie hier in der Friedrich-Ebert-Stiftung begrüßen zu können. Ganz besonders freue ich mich auch, unsere Podiumsteilnehmer und internationalen Gäste hier in Berlin begrüßen zu dürfen: Die Botschafterin der Republik Mali, ihre Exzellenz Fatoumata Siré Diakité, Frau Ministerpräsidentin a.D. Heide Simonis, die kürzlich zur neuen Vorsitzenden von UNICEF-Deutschland gewählt worden ist, Herrn Sadou Yattara vom „Maison de la Presse“ in Mali, Herrn Bernard Conte von der Universität Bordeaux und Herrn Sven Grimm vom deutschen Institut für Entwicklungspolitik. Gesondert begrüßen möchte ich zudem die im Publikum vertretenen Botschafter – verehrte Exzellenzen auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Die Sahelzone sorgt in diesen Tagen für Negativschlagzeilen: Im Niger herrscht Hungersnot, Heuschreckenschwärme vernichten die Ernten, Flüchtlingsströme ziehen durch die Sahara, in Mauretanien putscht das Militär... Eine Region – so hat es zumindest den Anschein – versinkt im Chaos. Doch entspricht dieses Bild wirklich der Realität? Oder zeigt es nur einen ganz bestimmten Ausschnitt der Wirklichkeit? Sicher: Afrika hat mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen – wer wollte das leugnen? Aber Pauschalurteile über Afrika als „verlorener Kontinent“ sind unangebracht. Auch bezogen auf die Sahelregion. Langfristige politische und gesellschaftliche Entwicklungen bieten nämlich auch hier immer wieder Anlass zu Zuversicht. Nur diese positiven Trends werden in Deutschland und in Europa kaum wahrgenommen. Der Grund dafür liegt sicher darin, dass sich Krisen und Hiobsbotschaften in unserer Mediendemokratie immer leichter vermarkten lassen als seriöse Analysen. „Bad news are good news“ – nennen das Journalisten im angelsächsischen Raum.

Eines dieser durchaus positiven Beispiele ist die Republik Mali. Das Land in Westafrika blickt heute



auf fast 15 Jahre erfolgreiche Demokratisierung zurück. Und das, trotz schwieriger Rahmenbedingungen. Obwohl das Land nach wie vor zu den ärmsten der Erde zählt, gilt die Entwicklung der malischen Demokratie als richtungsweisend – grade auch für ein so stark islamisch geprägtes Land wie Mali. Drei demokratische Wahlen wurden dort in den letzten Jahren durchgeführt – ein umfassender demokratischer Machtwechsel inklusive.

Diesen demokratischen Aufbruch hat die Friedrich-Ebert-Stiftung begleitet. Die FES unterhält seit rund 35 Jahren ein Büro in Mali. Und als politische Stiftung bemühen wir uns darum, den demokratischen Erfolg im Land abzusichern. Etwa durch Zusammenarbeit mit unabhängigen Journalisten, mit Frauenverbänden, mit Gewerkschaftlern oder auch mit Parlamentsabgeordneten. Über die Arbeit der FES in Mali haben wir im Foyer eine kleine Ausstellung zusammengetragen. Hinweisen möchte ich auch auf die Fotoausstellung „Mali Heute“ von Ilse Margret Luttmann, die im Anschluss an die Diskussion eröffnet wird.

Doch wo stehen Mali und die Sahelregion heute? Wie stellt sich die aktuelle humanitäre Lage vor Ort dar? Müssen nun Frühwarnmechanismen aus- oder umgebaut werden? Oder handelt es sich bei der Hungerkrise nur um ein Medienspektakel? Welche politischen und ökonomischen Herausforderungen müssen im Sahel angegangen werden? Und: Macht sich Demokratie in der Region bisher bezahlt? Können demokratische Systeme auf Dauer bestehen, wenn Armut nicht endlich ausgeschaltet wird?

Sie sehen: Die Liste mit Fragen, Problemen und Schwierigkeiten ist lang, mit denen wir uns heute beschäftigen wollen! Vor diesem Hintergrund wünsche ich uns allen eine spannende und nicht zuletzt eine erhellende Diskussion. Vielen Dank an Renate Wilke-Launer, die sich bereit erklärt hat, die Debatte auf dem Podium zu moderieren.

## I. E. Fatoumata Siré Diakité

Botschafterin der Republik Mali  
in der Bundesrepublik Deutschland



Afrika bewegt sich und Afrika schreitet voran. Dies gilt auch und gerade für die Republik Mali. Das heutige Mali ist als Erbe zahlreicher Reiche und Königtümer reich an Kultur, Tradition und Geschichte. Nach der Kolonisation durch Frankreich im 19. Jahrhundert war Mali bis zur Unabhängigkeit ein Teil von Französisch-Westafrika. 1960 bildeten Mali und Senegal eine Föderation, aus der Mali im August 1960 unabhängig hervorging. 1968 kam es schließlich zur Machtübernahme durch das „Comité Militaire de la Libération Nationale“ unter Führung von Moussa Traoré. Eine Militärdiktatur hatte das Land fest im Griff. Doch die Geschichte endete nicht mit einer Tragödie sondern mit einem Aufbruch. Im Zuge eines umfassenden Demokratisierungsprozesses, an dem nicht nur Studenten, sondern auch streikende Richter, Gewerkschaftler (UNTM) und Frauengruppen beteiligt waren wurde der Diktator Moussa Traoré 1991 gestürzt. Ein Übergangspräsident übernahm die Macht. Für das umfassende Verständnis von Demokratie in Mali spricht nicht nur, dass sofort Gewerkschaften und eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Verbänden gegründet wurden, sondern auch, dass der Übergangspräsident Amadou Toumani Touré seine Macht freiwillig zugunsten der im Juni 1992 demokratisch gewählten Regierung abtrat. Zum ersten Mal in der Geschichte Malis erfolgte ein Machtwechsel dank freier und transparenter Wahlen. Und zwar friedlich. Die unter Beteiligung aller Bevölkerungsschichten zustande gekommene heutige Verfassung Malis sieht vor, dass der Präsident nach zwei Amtsperioden nicht wieder gewählt werden darf. Diese und andere akzeptierte demokratischen Regeln zeigen: Mali ist heute eine stabile Republik. Drei mal wurden die Wähler bisher erfolgreich an die Wahlurnen gerufen – weder die Krise 1993 im Norden des Landes, die durch traditionelle Konfliktbewältigung mit allen Parteien gelöst wurde, noch die 1997 wegen organisatorischer Mängel erforderliche Annullierung der Wahlen zur Nationalversammlung haben die Entwicklung der Demokratie blockiert. Im Gegenteil: Gerade diese Krisen haben ein ums andere Mal aufgezeigt, dass demokratische Prinzipien mittlerweile fest im Bewusstsein der Bevölkerung verwurzelt sind.

Obwohl circa 90% der malischen Bevölkerung Muslime sind, ist Mali kein islamischer sondern ein laizistischer Staat. Der Islam Malis versucht nicht die anderen Religionen des Landes zu dominieren, sondern respektiert andere Glaubenformen. Alle Religionen sind in Mali gleichberechtigt – auch dies ein großer Erfolg der malischen Bevölkerung. Das malische Volk hat nicht nur die Rechte und den Schutz der Frauen und Kinder durch die Verfassung gestärkt, sondern auch eine Institutionen zur Korruptionsbekämpfung durch eine vollkommen unabhängige Kommissionen eingerichtet, an die sich jeder Bürger wenden kann. Transparenz und einen freien öffentlichen Diskurs garantiert in Mali darüber hinaus die umfassende Pressefreiheit. In Mali senden heute über 100 private Radiosender und viele Zeitungen berichten täglich und unabhängig über politische und gesellschaftliche Entwicklungen. Wichtig für die Entwicklung des Landes ist ebenso eine spezifisch malische Tradition des Friedens: Bei der Aktion „Flamme des Friedens“ wurden 1996 in Timbuktu Waffen von 3.000 Kämpfern eingesammelt und feierlich verbrannt.

Angesichts dieser Entwicklung möchte ich die europäische Presse einladen, die Demokratie in Mali zu stützen, indem sie objektiv auch über diese positiven Entwicklungen berichtet und so Ängste und Vorurteile abbaut. Es ist unbestritten, dass der afrikanische Kontinent mit Problemen zu kämpfen hat. Doch in deutschen und europäischen Medien sieht man nahezu ausschließlich Dinge, die schockieren – Dinge die so nicht der Wahrheit entsprechen. Mali tritt in den internationalen Medien heute nur selten in Erscheinung. Bisweilen scheint mir, gerade weil Mali ein demokratischer Staat ist, ist das Interesse so gering. Doch ein Problem ist nicht nur fehlendes Interesse, sondern auch die so weit verbreiteten Vereinfachungen. Europa muss sich darüber bewusst werden, dass Afrika ebenso wie Europa aus einer Vielzahl von Staaten besteht und keinen einheitlichen Block darstellt. Afrika besteht aus 53 Staaten und deshalb gibt es 53 verschiedene Afrikas. Um die Entwicklung afrikanischer Staaten zu unterstützen, sollte in Europa weniger ein Dialog für Afrika als vielmehr ein Dialog mit Afrika geführt werden, so wie ihn Bundespräsident Horst Köhler jüngst in Bonn initiiert hat.





## Heide Simonis

Künftige Vorsitzende  
von UNICEF-Deutschland

UNICEF hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Schwächsten der Gesellschaft zu helfen: Kindern, schwangeren Frauen, stillenden Müttern und anderen Menschen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind. Dabei leistet UNICEF sowohl akute Nothilfe als auch langfristig angelegte Unterstützung. Dies geschieht immer unabhängig vom jeweiligen politischen Hintergrund und auch unabhängig von den Ursachen, die für Katastrophen wie Bürgerkriege oder Hungersnöte verantwortlich sind. Angesichts der aktuellen Lage in den Ländern der Sahelzone, die nach wie vor zu den ärmsten Staaten der Welt gehören, ist auch hier ein Engagement von UNICEF notwendig und sinnvoll.

Von der jüngsten Nahrungsmittelkrise im Sahel waren allein im Niger circa 3,6 Millionen Menschen betroffen. In Burkina Faso kamen weitere 500.000 Menschen und in Mauretanien weitere 600.000 Menschen hinzu. Als besonders schwierig hat sich die Lage im Niger auch deswegen erwiesen, weil die dortige Regierung die um sich greifende Hungersnot nicht offiziell bestätigen wollte und sich infolgedessen auch die Presse mit der Berichterstattung zurückhielt. Dies wirkte sich nicht nur ganz direkt in der Region negativ aus, sondern hat auch indirekt die Hilfs- und Spendenbereitschaft der Menschen hierzulande beeinflusst.

Obwohl die Bilder des Hungers uns in den letzten Monaten besonders intensiv beschäftigt haben, ist klar, dass die Länder der Sahelzone heute noch mit erheblichen weiteren Problemen zu kämpfen haben. Die Analphabetenrate liegt bei rund 70% und stellt damit ein enormes Hindernis für eine nachhaltige Entwicklung dar. Die wirtschaftlichen Probleme der Region und die ökonomische Situation in Mali lassen sich an einer nüchternen Zahl ablesen: Etwa sechs Millionen Menschen leben dort heute von rund einem Dollar am Tag. Angesichts dieser nach wie vor massiven Schwierigkeiten in der Sahelzone ist die Versuchung für einzelne Menschen natürlich groß, sich in Extremsituationen auch nicht-friedlicher Mittel zur Lösung der Schwierigkeiten und als Ausweg aus einer empfundenen Sackgasse zu bedienen. Armut und Not – so viel ist klar – trägt immer verschärfend und manchmal auch ursächlich als Auslöser in Konfliktsituationen auf. Hierin liegt sicher ein Grund für die auch auf dem afrikanischen Kontinent immer wieder ausbrechenden Konflikte.

Gemeinsam mit UNICEF und anderen Hilfsorganisationen haben sich die Regierungen in den einzelnen Ländern mittlerweile ehrgeizige und zukunftsweisende Ziele gesetzt. So verpflichten sie sich beispielsweise in dem Projekt „Schulen für Afrika“ eine Vielzahl von Lehrern professionell auszubilden und angemessen zu bezahlen. Mit jeder Schule, die im Rahmen des Projekts errichtet wird, werden zudem Brunnen gebohrt und sanitäre Einrichtungen errichtet, damit die Frauen nicht mehr so weite Wege zurücklegen müssen und sich mit der schulischen Situation auch die hygienische Lage verbessert. Die Menschen sehen dadurch, dass mit der Bildung auch der Fortschritt im Dorf Einzug hält. Auf diese kleinen Hilfen sollte sich die Politik rund um die Welt einigen können.

Verständlicherweise entspricht es dem Wunsch vieler Menschen, dass beispielsweise die EU im Falle von Hungersnöten Hilfe in die betroffenen Gebiete schickt. Daran ist jedoch bisweilen durchaus problematisch, dass die geschickten Güter nach einiger Zeit auf den dortigen Märkten billiger zu kaufen sind als das, was ein einheimischer Landwirt mit seiner täglichen Arbeit und der Arbeit seiner Familie produzieren kann. Dies hat zur Folge, dass sich eigene Arbeit nicht mehr lohnt – man zerstört somit die Motivation und die Fähigkeit der Menschen, für sich selbst zu sorgen. Vor vorschnellen Pauschalreaktionen müssen internationale Geber und Hilfsorganisationen sich daher hüten. Ansonsten kann Hilfe mehr Schaden als nützen. Sorgfältige Prüfung im Einzelfall ist nötig, um abzuwägen, welche Form von Hilfe nicht nur nötig sondern auch sinnvoll ist.

Afrika war im westlichen Bewusstsein lange Zeit nicht allzu präsent. So wurde die Tatsache, dass die Tsunami-Katastrophe neben weiten Teilen Asiens eben auch afrikanische Staaten unmittelbar getroffen hat, in Deutschland kaum zur Kenntnis genommen. Doch auch in Afrika gab es den Tsunami. Ich bin fest davon überzeugt, dass Afrikaner und wir Europäer verpflichtet sind, auf die durchaus verbreitete Teilnahmslosigkeit gegenüber dem afrikanischen Kontinent hinzuweisen und dabei immer auch stärker zu differenzieren, wenn wir über Afrika reden.

## Dr. Sven Grimm

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik,  
Bonn



In der Sahelregion ist Mali grundsätzlich ein positives Beispiel für eine gelungene Demokratisierung. Zwar hat die Demokratie in Mali verglichen mit Industriestaaten durchaus Schwächen, doch wenn man sich die Größe der ökonomischen Probleme im Land und die extrem schwierige Ausgangsposition Malis vor Augen hält, kann man sagen, dass die malische Demokratie trotz allem funktioniert.

Die erwähnten schwierigen Rahmenbedingungen des Landes zeigen sich in den verschiedensten Bereichen: Problematisch sind zunächst die niedrige Alphabetisierungsrate des Landes und damit häufig auch verbunden die Unfähigkeit großer Bevölkerungsteile, die offizielle Verwaltungssprache Französisch zu sprechen. Dies muss man sich vor Augen führen: Allein sprachlich ist ein bedeutender Teil der Bevölkerung von der politischen Diskussion weitgehend häufig ausgeschlossen. Man muss sich das in etwa so vorstellen als wenn in Deutschland die Regierungsgeschäfte in englischer Sprache geführt würden. Ein Großteil der Bevölkerung hätte erhebliche Schwierigkeiten, komplizierte politische Fragen im Detail nachzuvollziehen oder sich gar an Diskussionsprozessen zu beteiligen. Als problematisch wird natürlich immer wieder mit Recht darauf hingewiesen, dass Mali als Binnenland im Sahel für die Erwirtschaftung internationaler Devisen durch Handel auf die Nachbarländer angewiesen ist. Die aktuelle Lage in der Region erschwert diese Ausgangsposition Malis zusätzlich. Die Elfenbeinküste ist eines der Länder gewesen, durch das der Export und Import nach Mali in der Vergangenheit hauptsächlich stattgefunden hat. Heute ist die Route über die Elfenbeinküste wegen des dort herrschenden Bürgerkrieges blockiert und malische Händler weichen auf andere Nachbarländer aus. Wird jedoch alternativ das englischsprachige Ghana gewählt, kommt es immer wieder zu Sprach- und Verständigungsproblemen aber auch zu Währungsproblemen. Die regionale Infrastruktur – etwa für Exporte über Senegal – ist jedoch nicht so ausgebaut, dass sie starke Umorientierung des Warentransits problemlos verkraften könnte.

Ein weiteres, bedeutendes Problem stellt die nicht nur in Mali, sondern in der ganzen Region weit verbreitete „kleine“ Korruption dar. Bestimmte staatliche Dienstleistungen sind nur durch die Bestechung von

Staatbediensteten zu erhalten, die ihrerseits zum Teil auf eben diese Zahlungen angewiesen sind. Unter diesem Vorgehen leidet vor allem die arme Bevölkerung. Erfolgreiche Korruptionsbekämpfung muss daher prinzipiell durch einen funktionierenden Justizapparat gewährleistet werden – was eine deutliche Herausforderung für die Staaten der Region darstellt. Allerdings sollte man in Europa nicht den Fehler machen, unreflektiert europäische Standards anzulegen und alles sofort erreichen zu wollen; dies würde nicht nur Mali überfordern.

Grundsätzlich erscheint europäische Hilfe auch im Sahel nur dann sinnvoll, wenn die Auswirkungen der Hilfe auf die Institutionen vor Ort bedacht werden. Wenn Hilfe nicht gut koordiniert wird, kann sie staatliches Handeln sogar unterminieren. Die Frage ist also: Wie geht man vor, um Entwicklungshilfe richtig einzusetzen? Dazu möchte ich einige Empfehlungen geben, die zwar banal klingen in der Umsetzung aber extrem schwierig sind und bisher so nicht praktiziert werden:

Zunächst müssen die Regierungen der Empfänger-Staaten konsequent darüber informiert werden, wo Hilfe geleistet wird. In vielen Fällen wissen dies nicht einmal die Geber selbst voneinander und doppelten ihre Leistungen oder legen unterschiedliche Standards parallel zueinander an. Es ist allzu häufig völlig unklar, welche Institutionen an welcher Stelle aktiv sind. Diese fehlende Koordination führt nicht nur zu Reibungsverlusten, sondern bisweilen auch zur Anwendung unterschiedlicher Rezepte zur Behebung erkannter Probleme – alles mit suboptimalen Ergebnissen.

Darüber hinaus sollte stärker als bisher erwogen werden, Hilfe direkt den Staaten in der Region zur Verfügung zu stellen. Diese müssten die erhaltene Budgethilfe dann durch ihre Administration selbstständig verwalten und dabei beispielsweise auch der Kontrolle ihrer Parlaments unterstellen. Zwar sollte der Staat nicht als Allheilmittel betrachtet werden, wie man es in den sechziger Jahren tat. Wenn jedoch die Institutionen eines Staates im Kern demokratisch kontrolliert sind, ist es am sinnvollsten, diesen die Hilfe direkt zukommen zu lassen. Schließlich sollen Hilfsmaßnahmen des Auslands ein besseres Funktionieren der staatlichen Institutionen ermöglichen und nicht die vorhandenen Strukturen untergraben



## Dr. Bernard Conte

Universität Montesquieu,  
Bordeaux

Ganz Afrika – und nicht nur der Sahel – befindet sich seit Ende der 1970er in einer strukturellen Krise. Diese Krise scheint jedoch immer dann zu enden, wenn sich ein gewisses wirtschaftliches Wachstum in einzelnen Regionen einstellt und Anlass zu Optimismus und Zuversicht gegeben zu sein scheint. Beobachter bewerten die Lage dann jeweils vorsichtig positiv. Die zeitweilige Verbesserung der Situation ist jedoch jeweils lediglich auf eine – gewissermaßen willkürliche – Verbesserung von externen Faktoren der internationalen Umgebung zurückzuführen. So zum Beispiel auf einen zeitweilig günstigen Dollarkurs, auf gute Ernten oder kurzfristig hohe Weltmarktpreise für einzelne Exportgüter. Sobald sich diese externen Faktoren abschwächen oder verschlechtern, kehrt auch die Krise zurück – wird aber aus diesen konjunkturellen Gründen nur selten als wirklich strukturell erkannt. Doch genau dies ist ein wichtiger Punkt: Man muss sich fragen, welche tieferliegenden internen und externen Ursachen diese strukturelle Krise zahlreicher Staaten im Sahel und in ganz Afrika hat.

Neoliberale Beobachter suchen die Gründe für die wahrgenommene Krise in der Regel in den Staaten selbst. Für sie ist der Staat der Ursprung aller Probleme. Neben diesem engeren etatistischen Ansatz machen neoliberale Akteure auch im endogenen Klientelismus eine Hauptursache für anhaltende Entwicklungsschwierigkeiten im Sahel aus. Das Problem ist dabei einfach umrissen: Die jeweiligen nationalen Entscheidungsträger orientieren sich nicht am Wohl des Landes, sondern unterstützen in erster Linie ihre politische Anhänger – etwa mit Geld oder sozialen Diensten. Dies hat langfristig zu einem enormen Ungleichgewicht zwischen Stadt und Land geführt, da die politischen Anhänger, die bedient werden müssen, normalerweise aus dem städtischen Umfeld stammen. Die Landbevölkerung erhält kaum materielle Zuwendungen und wird auf diese Weise strukturell vernachlässigt. Eine Lösung dieser Krise sehen Neoliberale in der Anwendung des Washington Consensus, der grundsätzlich eine Liberalisierung des Handels, die Privatisierung von Staatsunternehmen sowie allgemein eine umfassende Reduzierung der staatlichen Aufgaben vorsieht.

Neben diesem neoliberalen Mainstream gibt es jedoch noch weitere Erklärungsansätze, die auf Gründe und Auswege aus der krisenhaften Lage im Sahel und in Afrika insgesamt verweisen. Diese Schule der heterodoxen Ökonomen verweist vor allem auf externe Gründe für die Krise. So z.B. auf die Verschlechterung der Terms of Trade bei Kakao oder Kaffee, auf das Ansteigen von Auslandsschulden oder auf den skandalösen Protektionismus der Industriestaaten in bezug auf Agrarprodukte. Die Lösung sehen diese Ökonomen in einem Ansatz, den ich mit einer „Zurückbesinnung auf sich selbst“ umreißen möchte. Meiner Meinung nach ist es mehr als fraglich, ob die neoliberale Entwicklungsstrategie tatsächlich die beste Möglichkeit für Staaten der Sahelregion ist, ihre strukturelle Krise zu überwinden.

Die aktuelle Diskussion um die Frage, ob man die Ernährung der Bevölkerung angesichts der jüngsten Hungerkrise in Niger und anderen Sahelstaaten wirklich dem Markt überlassen sollte, ist letztlich eine Debatte „Markt gegen Staat“. Ich habe den Eindruck, dass sich auch die – übrigens weitgehend gescheiterte – NEPAD-Initiative mittlerweile im Prinzip auf die Seite des Marktes gestellt hat. Nur um mich klar auszudrücken: Ich habe keine prinzipiellen Einwände gegen den Markt. Wenigstens nicht solange er seine Aufgabe, nämlich die Allokation von Ressourcen, zufriedenstellend erfüllt. Es ist nur so, dass der Markt in Afrika und in der Sahelregion enorme Funktionsstörungen hat und man sich deshalb nicht auf die unsichtbare Hand, die die Kräfte des Marktes zähmt, verlassen kann und darf. Dies gilt aber nicht nur für den Nahrungsmittelsektor: Der Post Washington Consensus tritt wie gesagt u.a. dafür ein, Staatsunternehmen zu privatisieren. In vielen Ländern des Sahel sind daher staatliche Monopole aufgebrochen worden und werden in naher Zukunft beseitigt werden. Das Resultat dieser Politik ist jedoch äußerst schädlich. Denn letztlich sind staatliche Monopole bislang nur durch privatwirtschaftliche Monopole von multinationalen Unternehmen ersetzt worden. Sicher, dies ist eine Politik, von der auch viele französische Firmen profitieren. Aber ist es wirklich ein Vorteil, statt staatlichen nun privatwirtschaftliche Monopole in den Regionen Afrikas zu fördern?



## Sadou Abdoulaye Yattara

Präsident des „Maison de la Presse“,  
Mali



Die Erfahrung zeigt, dass es Nicht-Afrikanern normalerweise schwer fällt, die Krise im Sahel zu verstehen. Trockenheit und andere Komplikationen stellen immer wieder eine schwere Belastung für die gesamte Region dar. Dennoch ist das Ausmaß der einzelnen Krisen nicht unabänderlich. Ich bin zum Beispiel davon überzeugt, dass die aktuelle schwere Nahrungsmittelkrise in einigen Ländern der Sahelregion durchaus hätte abgemildert werden können. Unter anderem deshalb, weil ein massives Auftreten der Wanderheuschrecken absolut voraussehbar war. In einigen Ländern der Sahelzone hat man die sich abzeichnende Entwicklung denn auch früher erkannt als in anderen. Diese Länder – unter anderem auch Mali – verfügen mittlerweile über durchaus funktionierende Frühwarnsysteme. In Mali waren die Folgen der Krise aber auch deswegen weniger gravierend, weil die Presse des Landes die Rolle eines öffentlichen Vermittlers übernahm und die Bevölkerung und Entscheidungsträger rechtzeitig über die anstehenden Entwicklungen informierte. Während sich die Menschen in Mali daher auf die Situation ausreichend vorbereiten konnten, gelang dies etwa im Niger nur wenig effektiv. Die Presse in Mali sah ihre Aufgabe jedoch nicht nur darin, auf künftige Entwicklungen hinzuweisen, sondern bemühte sich auch darum, die notleidende Bevölkerung durch eine gezielte Berichterstattung zu unterstützen. Beispielsweise wurde die Allgemeinheit immer wieder auch darüber informiert, dass es trotz sehr teurer Nahrungsmittelbestände auch viele Beispiele der Solidarität unter der Bevölkerung gab.

Die demokratische Öffnung der Politik Malis war zugleich auch eine Liberalisierung der Wirtschaft. In der Zeit bis 1968, als Mali einer sozialistischen Entwicklungslinie folgte, unterlagen wirtschaftliche Aktivitäten in Land sehr starren staatlichen Bestimmungen. So brauchten Unternehmer beispielsweise eine offizielle staatliche Genehmigung, um Handel zu treiben. Später wurde Mali von einem Militärregime regiert, das offen gestanden ähnlich viel Schaden anrichtete wie die sozialistische Regierung. Die politische Situation dieser Jahre verursachte einen enormen wirtschaftlichen Abstieg Malis. Vor diesem Hin-

tergrund möchte ich betonen, dass die bisher vorgenommene interne Liberalisierung der Wirtschaft Malis angesichts der gemachten historischen Erfahrungen insgesamt eine Chance für das Land darstellt. Dies nicht nur für die Menschen in der Hauptstadt Bamako, sondern auch für die Landbevölkerung. Insgesamt brachte die Liberalisierung einen deutlichen wirtschaftlichen Aufbruch mit sich. Beispielsweise beginnen jetzt allmählich auch gut ausgebildete Leute, verarbeitende Unternehmen zu gründen, die zur Wertschöpfung in Mali beitragen können.

Was die Medienberichterstattung in Mali und in Europa betrifft, so habe ich den Eindruck, dass es bisher nur wenige Journalisten in Europa gibt, die auch auf positive Entwicklungen in Mali und der Sahelzone eingehen. Dabei gibt es solche positiven Trends durchaus. Nehmen Sie als Beispiel die Entwicklung der malischen Medienlandschaft. Vor 15 Jahren gab es in ganz Mali nicht mehr als zwei bis drei unabhängige Tageszeitungen und keine einzige private Radiostation. Heute, nach 15 Jahren der Liberalisierung des Mediensektors, hat sich die Situation grundlegend gewandelt. Die Presselandschaft allein in der Hauptstadt Bamako ist sehr ausdifferenziert und vielseitig und besteht heute aus mindestens 50 regelmäßig erscheinenden Zeitungen. Auf dem Radiosektor hat sich die Situation noch stärker verändert: In den vergangenen 15 Jahren sind in Mali rund 150 freie Radiostationen entstanden – das ist eine eindrucksvolle Bilanz, über die ausländische Medien auch einmal anerkennend berichten könnten.

Das malische „Maison de la Presse“ hat mit all diesen Medieneinrichtungen täglich zu tun, denn es fungiert als Dachorganisation von Medienverbänden in Mali. In dieser Funktion ist es zugleich Mittler zwischen Regierung und Zivilgesellschaft und zählt zu seinen Aufgaben auch die Information und Weiterbildung von malischen Journalisten. In diesem Prozess steht das „Maison de la Presse“ in einem konstanten und regen Austausch mit internationalen Organisationen und pflegt zahlreiche Partnerschaften mit verschiedenen nationalen und internationalen politischen Akteuren in Mali.



## Podiumsdiskussion

In der anschließenden Diskussionsrunde gab **Moctar Kamara** (Afrika-Rat Berlin-Brandenburg) zu bedenken, dass im Zusammenhang mit den Problemen der Region auch die Sklaverei, der Kolonialismus und der Neokolonialismus erwähnt werden müsse. **Kamara** widersprach zudem der von Sven Grimm geäußerten Auffassung, dass fehlende Französischkenntnisse großer Bevölkerungsteile diese grundsätzlich von der politischen Diskussion ausschließe. Politische Fragen und Debatten würden im frankophonen Westafrika immer auch in den Landessprachen ausgetragen. **Edda Brandes** (Ethnomusikologin Berlin) betonte dagegen die Bedeutung der Kultur für Entwicklung einer umfassenden menschlichen Identität und plädierte in bezug auf aktuelle Einsparungen in der auswärtigen Kulturpolitik dafür, die Förderung von Kultur im Sahel

ebenso intensiv zu unterstützen wie andere Bereiche der internationalen Zusammenarbeit.

Professor **Karen Landry** bezeichnete die Veranstaltung als insofern gelungen, als dass klar geworden sei, dass oft sprachlich und gedanklich mit „Schablonen im Kopf“ gearbeitet werde und dass ein Verzicht hierauf enorm schwer sei. Dagegen betonte **Dr. Nana** ökonomische Aspekte der Kooperation mit Sahelstaaten und setzte sich dafür ein, dass Europa seinen Markt für landwirtschaftliche Produkte wie etwa Baumwolle aus Mali öffnen müsse. Sonst sei jede Hilfslieferung nach Mali sinnlos. **Jochen Suchantke** (Deutscher Entwicklungsdienst) bestätigte grundsätzlich die Einschätzung Malis als Vorbild für die Sahelzone und wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Dezentralisierung den Menschen in Mali mittlerweile ein großes politisches Mitspracherecht gegeben habe. Er kritisierte, dass man vor der Hungerkrise zu spät auf die Experten gehört und erst dann reagiert habe, als die Not der Menschen im Fernsehen gezeigt wurde.

Ein **Vertreter der Botschaft Senegals in Berlin** hielt der kritischen Einschätzung von **Bernard Conte** über NEPAD entgegen, dass es wenige Jahre nach der Gründung der Initiative noch zu früh sei, von einem Scheitern zu sprechen. Zum Vergleich verwies er auf die jüngere Vergangenheit und langfristige Entwicklung der Europäischen Union, deren Entwicklung ebenfalls mehrere Jahrzehnte gebraucht habe.





© Burghard Hejett

Podiumsdiskussion

**„Auf Sand gebaut...?“**

Die Sahelzone zwischen Demokratie und Hungerkrise – Mali als Vorbild?

**23. November 2005, Berlin****„Auf Sand gebaut...?“****Die Sahelzone zwischen Demokratie und Hungerkrise – Mali als Vorbild?**

Die Sahelzone sorgt in diesen Tagen für Negativschlagzeilen: Hungersnot im Niger, Militärputsch in Mauretanien... eine Region – so scheint es – versinkt im Chaos.

Dennoch: Pauschalurteile über Afrika als „verlorener Kontinent“ sind auch bezogen auf die Sahelregion unangebracht. Langfristige politische und gesellschaftliche Entwicklungen bieten auch hier immer wieder Anlass zu Zuversicht – nur werden diese positiven Trends in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung der Republik Mali, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen mittlerweile auf fast 15 Jahre erfolgreiche Demokratisierung zurückblicken kann. Obwohl das Land nach wie vor zu den ärmsten der Erde zählt, bezeichnen internationale Beobachter die Konsolidierung der malischen Demokratie im regionalen Vergleich immer wieder als richtungsweisend. So stellt sich die Frage, ob Mali angesichts der aktuellen Entwicklung auch als Vorbild für andere Staaten des Sahel dienen kann.

Doch wo stehen Mali und die Sahelregion heute? Wie stellt sich die aktuelle humanitäre Lage vor Ort dar? Müssen Frühwarnmechanismen aus- oder umgebaut werden oder handelt es sich bei der wahrgenommenen Hungerkrise lediglich um ein Medienspektakel? Welche Rolle spielt der Sahel in aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen – wird der „Krieg gegen den Terror“ auch in der Sahara geführt? Und: Welche politischen und ökonomischen Herausforderungen müssen im Sahel angegangen werden, um ein nachhaltiges Wachstum und eine erfolgreiche Bekämpfung von Armut zu ermöglichen?

Diese Fragen möchte die Friedrich-Ebert-Stiftung mit internationalen Fachleuten aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft diskutieren. Wir möchten Sie sehr herzlich einladen, sich an dieser Diskussion zu beteiligen.

**Mittwoch, 23. November 2005****PROGRAMM**

- 16.00 Uhr **Begrüßung**  
**Christiane Kesper**  
Leiterin des Referats Entwicklungspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 16.15 Uhr **Ansprache**  
**I.E. Fatoumata Siré Diakité**  
Botschafterin der Republik Mali in der Bundesrepublik Deutschland
- 16.30 Uhr Podiumsdiskussion  
**„Der Sahel zwischen Demokratie und Hungersnot – Wo steht die Region?“**  
**Heide Simonis**  
Ministerpräsidentin a.D., zukünftige Vorsitzende von UNICEF-Deutschland  
**Sadou Abdoulaye Yattara**  
Präsident, Maison de la Presse, Mali  
**Dr. Sven Grimm**  
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn  
**Dr. Bernard Conte**  
Universität Montesquieu, Bordeaux  
**Wolf-Christian Paes**  
Internationales Konversionszentrum Bonn
- Moderation:  
**Renate Wilke-Launer**  
Chefredakteurin „Der Überblick“
- 18.00 Uhr Diskussion
- 18.30 Uhr **Eröffnung der Fotoausstellung „Mali heute“**  
**Dr. Ilsemargret Luttmann**  
Kuratorin und freischaffende Künstlerin, Hamburg  
*Die Ausstellung wird noch bis 30.11.2005 in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin, zu besichtigen sein.*
- 19.00 Uhr Empfang  
• Ausstellung: Die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung in Mali  
• Cora-Konzert malischer Musiker

*Die Veranstaltung wird von der Botschaft der Republik Mali in Berlin freundlich unterstützt.*